

# PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Familienpolitik

Nr. 511/15 vom 18. November 2015

## **Katja Rathje-Hoffmann: TOP 19 und 21: Die Öffnungszeiten unserer Kitas müssen sich nach dem Bedarf richten**

Es gilt das gesprochene Wort  
Sperrfrist Redebeginn

Keine Frau und auch kein Mann bei uns sollte das Gefühl haben, sich grundsätzlich zwischen Kind und Berufstätigkeit entscheiden zu müssen. Statistisch gesehen sind arbeitende Eltern - vor allem meine ich hier die Mütter - die Regel in Deutschland.

Unsere Aufgabe besteht darin, dafür zu sorgen, diese Vereinbarkeit zwischen Erwerbsleben und der Familie zu verbessern – entsprechend den jeweiligen Bedürfnissen der Eltern. Wir müssen jedoch feststellen, auch untermauert durch die Ergebnisse unserer „Großen Anfrage“, dass die aktuellen Öffnungszeiten der meisten Kindertagesstätten von 8:00 bis 14:00 Uhr betragen. Das sind im Ergebnis der Großen Anfrage 88 Prozent.

Nur 7 Prozent haben bis 18:00 Uhr geöffnet und lediglich ganze 1,5 Prozent haben über 18:00 Uhr hinaus ein Betreuungsangebot.

Diese Öffnungszeiten der meisten Kitas gehen in vielen Fällen oft am tatsächlichen Bedarf im Erwerbsleben vorbei. Der tatsächliche Trend geht zur Ganztagsgruppe.

Wer heutzutage als Servicekraft, als Polizistin, als Krankenpfleger, Arzt oder Ärztin oder als Verkäuferin arbeitet, empfindet oft die Betreuungsmöglichkeiten als völlig unzureichend und am tatsächlichen Bedarf vorbeigehend. Wer Schicht- oder Nachtarbeit selbst erlebt hat, weiß, wie Eltern organisieren und tricksen müssen, um die Betreuung sicherzustellen.

Viele Eltern, vor allem Alleinerziehende, haben deswegen Schwierigkeiten Arbeit und Familie unter einen Hut zu bringen. Hier brauchen wir eine flexiblere Betreuung für unsere Kinder- auch zu anderen Zeiten.

Unsere Initiative mit der Möglichkeit der 24 Stunden Kita bedeutet nicht, dass Kinder künftig „rund um die Uhr“ betreut werden sollen.

Die 24 Stunden Kita klingt im ersten Moment für viele recht bedrohlich – 24 Stunden Kita bedeutet aber, dass hier Kinder nur zu anderen Zeiten betreut werden. Hierbei ist es ganz besonders wichtig, dass die Betreuungsqualität eine maßgebliche Rolle spielt. Diese Kitas, mit Übernachtungsmöglichkeiten, brauchen besonders geschultes Personal, das konstant vorhanden ist, auch um den kleinen Kindern größtmögliche Vertrautheit und Sicherheit zu geben.

Trotz aller Flexibilität muss das Kindeswohl immer an erster Stelle stehen.

Fakt ist, dass in den jetzt schon bestehenden Übernachtungskitas, wie man die 24 Stunden Kitas wohl besser nennen sollte, kein Kind aus dem Schlaf gerissen wird, sondern auch dort nach festen Regeln handelt - mit verbindlichen Hol- und Bringzeiten zum Wohle der Kinder.

Kleine Kinder brauchen auch hier feste und verlässliche Strukturen für ihre Geborgenheit und Vertrautheit.

An den Reaktionen in den Medien und in der Kommunalpolitik können wir erkennen, dass die Übernachtungskita noch bei so manchem Unbehagen auslöst. Jedoch keine Bange – der vermutete entsprechende Bedarf an Übernachtungskitas ist erfahrungsgemäß in den Großstädten am höchsten. Den meisten Eltern wäre schon geholfen, wenn in den Kitas über flexiblere Öffnungszeiten nachgedacht werden würde – Öffnungszeiten, die sich am tatsächlichen Bedarf orientieren.

Ausdrücklich meinen wir auch hiermit die Kooperation zwischen Kitas und Tagesmüttern, die bereits vielfach gut zum Wohle der Kinder bestehen. Uns als CDU Fraktion ist es wichtig, zu ermitteln, wie hoch die Bedarfe im Land sind und wie Kommunen flexiblere Betreuungsangebote vor Ort anbieten können.

Das geht nicht zum Nulltarif, das wissen wir alle. Gut zu wissen ist es deshalb, dass diese Idee vom Bundesministerium unterstützt wird und für 2016 und 2017 100 Mio. Euro für die Betreuung in den Abend- und Nachtstunden zur Verfügung stehen.

Das Interessenbekundungsverfahren läuft aktuell und noch in diesem Jahr sollen die Anträge dazu gestellt werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Möglichkeit der Finanzierung sollten wir nutzen, um auch schon bestehende Pläne zur Übernachtungskita, wie in Flensburg bei der DIAKO, besser umsetzen zu können.

Über die Ergebnisse und Antworten der „Großen Anfrage“ zu Kindertagesstätten und Kindertagespflege müssen wir uns aus Redezeitgründen detaillierter im Sozialausschuss unterhalten.

Nur so viel sei jetzt schon gesagt: Die mangelnde Bereitschaft der kommunalen Landesverbände zur Zusammenarbeit ist aus unserer Sicht auf das zerrüttete Verhältnis der jüngsten Vergangenheit zwischen Kommunen und Landesregierung zurückzuführen. Das ist sehr bedauerlich.

Unser Fazit ist daher: Die Beantwortung der „Großen Anfrage“ bleibt insgesamt hinter den Erwartungen zurück.